

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordnete Christina Heide
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Vertreterin Gabriele Schröder

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Martin Ehlers
Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Darwin Reinhard

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Detlev Jonas

Vertreter der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Frank Ihnen

Vertreterin der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Heike Prinz

Gäste aus den Schulen

Frau Becker (Grundschule Hafenschule), Frau Oltmanns (Grundschule Rheinstraße), Herr Dombrinck (Cäcilien Schule), Herr Dr. Engeler (IGS), Herr Schmacker (neue Oberschule)

Weitere Gäste

Herr Gommers, Herr Schaarschmidt (Evangelische Familienbildungsstätte (EFB))

Verwaltung

Erster Stadtrat Herr Schönfelder, Frau Muth, Herr Hofmann

Vorbemerkung:

Den Wortbeiträgen von Schulleitungen und Gästen ging die einhellige Worterteilung voraus.

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Antrag der CDU-Fraktion: Entwicklung geeigneter Projekte zur Förderung der Gesundheit und Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise an Schulen **526/2022**
- 3.2 Antrag der CDU-Fraktion: Einrichtung eines Studienseminars für das Berufsbild "Schulleiterin/Schulleiter" **527/2022**
- 3.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Berufsbildungsmesse **543/2022**
- 3.4 Dringlichkeitsantrag der Gruppe Grüne und GfW zur Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Rheinstraße
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Anmeldezahlen für den 1. und 5. Jahrgang des Schuljahres 2022/2023
- 4.2 Aufnahme ukrainischer Kinder an den Schulen - aktueller Sachstand
- 4.3 Anfrage zur Schulentwicklungsplanung
- 4.4 Anfrage zur Mario-Dönhoff-Schule

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Ehlers** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend wird **Herr Gommers** verabschiedet.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Nach Begründung des Dringlichkeitsantrags der Gruppe Grüne & GfW durch **Herrn Burkhardt** wird dieser Antrag als Punkt 4 in die Tagesordnung aufgenommen und anschließend die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

- 3 Vorlagen an den Rat

- 3.1 Antrag der CDU-Fraktion: Entwicklung geeigneter Projekte zur Förderung der Gesundheit und Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise an Schulen **526/2022**

Herr Ehlers trägt den Antrag vor. Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** führt **Herr Hofmann** als Beispiele aus dem Schulbereich u. a. Schwimm- und Tanzkurse, Hausaufgabenhilfe, Anschaffungen von didaktischen Material, Theaterbesuche, Leseförderung sowie Fahrten zum Außerschulischen Lernort an. **Herr Ehlers** erklärt, dass mit dem Antrag Impulse für die Entwicklung weiterer Projekte und Zusammenarbeiten gegeben werden sollen. **Herr Schönfelder** wertet den Antrag so, dass das Hauptaugenmerk auf gesundheitliche Themen gelegt wird und nimmt ihn als Impuls in die Arbeitsgruppe beim Jugendamt mit.

Am weiteren Informationsaustausch beteiligen sich **Frau Oltmanns, Frau Prinz, Frau Weinstock, Herr Dr. Engeler** und **Herr Schmacker**. Anschließend ruft **Herr**

Ehlers zur Abstimmung auf.

Beschluss: Einstimmig angenommen

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Inanspruchnahme der Förderprogramme („Aufholen nach Corona“ und „Startklar in die Zukunft“) zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise auf Schülerinnen und Schüler die Ergebnisse des DAK-Kinder- und Jugend Reports zu berücksichtigen und geeignete Projekte zur Förderung der Gesundheit an Schulen zu entwickeln.

Begründung:

Die DAK hat für das erste Corona Jahr 2020 die ärztlichen Behandlungen von Kindern und Jugendlichen ausgewertet. Hierbei wurde im Vergleich zu 2019 festgestellt, dass die Adipositas-Neuerkrankungen bei den Fünf- bis Neunjährigen stark angestiegen sind. Lockdown, Homeschooling und der damit verbundene Ausfall sportliche Aktivitäten haben den Kindern bei der körperlichen Entwicklung geschadet.

Auch die Erstbehandlungen von Depressionen sind laut DAK bei Grundschulern um 3% angestiegen.

3.2 Antrag der CDU-Fraktion: Einrichtung eines Studienseminars für das Berufsbild "Schulleiterin/Schulleiter" **527/2022**

Herr Ehlers verliest den Antrag und verweist dabei auf Informationen durch das Nds. MK. Für den Fall, dass es zur Einrichtung des Seminares kommt, will er die Ansiedlung in Wilhelmshaven erreichen, um damit auch die Lehrkräfteversorgung in Wilhelmshaven zu verbessern. Er bemängelt die noch nicht ausreichende Fortbildung der Schulleitungen, auch im Hinblick ihrer Eigenschaft als Führungskräfte.

Frau Heide erachtet ein Studienseminar G/H/R als viel wichtiger. **Herr Burkhardt** weist auf Schulleiterqualifikationen hin, die zzt. einen 26tägigen Umfang haben. Informationen zur Qualifikation geben **Frau Oltmanns**, **Frau Becker** und **Herr Dr. Engeler**. **Herr Suberg** erhofft mit der Einrichtung des Seminars eine Verbesserung der Fortbildung von Schulleitungen. Auch **Herr Schönfelder** möchte das Seminar in Wilhelmshaven ansiedeln.

Herr Ehlers bittet um Abstimmung.

Beschluss: Bei zwei Enthaltungen und fünf Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Stadt Wilhelmshaven stellt beim Land Niedersachsen vorsorglich den Antrag, Ausbildungsstätte für Lehrkräfte zu werden, die das Be-

rufsbild Schulleiterin/Schulleiter anstreben.

Begründung:

Mit dem Runderlass vom 01.02.22 hat das niedersächsische Kultusministerium ein eigenes Berufsbild „Schulleiterin/Schulleiter“ geschaffen. In diesem Runderlass wird eine Anzahl von Qualifikationen benannt, die den Lehrkräften auf dem Weg in die Funktion der Schulleitung vermittelt werden müssen. Vorsorglich wird die Stadt Wilhelmshaven an das niedersächsische Kultusministerium herantreten, um für den Fall, dass ein Studienseminar für angehende Schulleiterinnen/Schulleiter geschaffen wird, berücksichtigt zu werden.

3.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Berufsbildungs- **543/2022** messe

Herr Ehlers trägt den Antrag vor. Er ergänzt, dass es nicht gelang, die Veranstaltung in Roffhausen und in Wilhelmshaven keine geeigneten Räumlichkeiten gefunden wurden. Die Verwaltung soll die Messe als eigenes Geschäft heraus wahrnehmen und aus eigenem Interesse durchführen. Auch der AWV möchte, dass sich die Stadt verantwortlich sieht.

Herr Schönfelder erklärt, dass solche Veranstaltungen genehmigt werden, wenn es rechtlich möglich ist. Die Messe wird grundsätzlich fortgeführt- für 2023 bereitet die AWV die Messe schon vor. **Herr Bulla** fordert, dass die Verwaltung alles für die Fortführung der Messe tun muss. **Herr Burkhardt** schlägt die Konzepterstellung für die Messe durch Wirtschaftsförderung, AWV und Agentur für Arbeit vor. Auch die Jade-Bay kann einbezogen werden. **Frau Marxfeld** schließt sich dem Vorschlag an.

Herr Schönfelder schlägt die Antragsrücknahme, den Austausch zwischen den Fraktionen und die Einholung von Informationen in den Betrieben für ggf. ergänzende berufsbezogene Module für das Messeformat einzuholen.

Nach weiterer Diskussion lässt **Herr Ehlers** über die Nichtbefassung abstimmen.

Beschluss: Einstimmig wird die Nichtbefassung beschlossen.

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, über einen privaten Messediensleister oder in eigener Verantwortung ggf. über die Wirtschaftsförderung eine Berufsausbildungsmesse im Februar bzw. März 2023 veranstalten zu lassen oder zu veranstalten.
2. Bei der Suche nach einem geeigneten Veranstaltungsort verständigt sich die Stadt Wilhelmshaven gegebenenfalls mit den benachbarten Gebietskörperschaften.
3. Die Größe dieser Messe soll sich an den in der Vergangenheit

in Wilhelmshaven stattgefundenen Berufsausbildungsmessen orientieren.

Begründung:

In den vergangenen Jahren haben pandemiebedingt und aufgrund des Fehlens der Stadthalle keine Berufsausbildungsmessen in Wilhelmshaven stattgefunden. Dieser Umstand wird sowohl von den Schulen als auch von den Ausbildungsbetrieben beklagt. Gleichzeitig haben Schulpraktika aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattgefunden. Schülerinnen und Schüler hatten kaum Möglichkeiten zur Berufsorientierung. Ausbildungsbetriebe haben erhebliche Schwierigkeiten, Auszubildende zu finden und über ihre Berufsbilder zu informieren.

Diese Umstände stellen einen erheblichen Standortnachteil für Wilhelmshaven dar.

3.4 Dringlichkeitsantrag der Gruppe Grüne und GfW zur Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Rheinstraße

Herr Burkhart verliest den Antrag und verweist auf evtl. Finanzierungsmöglichkeiten der Nachmittagsbetreuung und Lernförderprojekte über z. B. Bildung und Teilhabe (BuT). Dabei erklärt er auch, dass eine Kapitalisierung von Lehrerstunden noch nicht möglich ist, weil die Grundschule Rheinstraße noch keine Ganztagschule ist. **Frau Weinstock** unterstützt den Antrag. **Herr Suberg** fordert Informationen und Klarheit zu einzelnen Fördermöglichkeiten.

Frau Oltmanns erklärt, dass die Kooperation mit der EFB seit zwölf Jahren besteht. Im Schulgebäude ist räumlich bedingt nicht alles, was geleistet wird, abbildbar. Zzt. werden nachmittags Kinder berufstätiger Eltern, Kinder mit Unterstützungsbedarfen und Kinder von Eltern, welche nachmittags Sprachkurse besuchen, betreut. Mit der EFB wird viel Prävention geleistet, womit später in der Jugendhilfe Mittel gespart werden. Die Finanzierung bis zum Schritt in den Ganztags muss weiter erfolgen.

Herr Schönfelder erkennt hier ein bedarfsgerecht gewachsenes Angebot der Nachmittagsbetreuung, welches vorgehalten werden muss. Die Stadt beabsichtigt nicht, das Projekt zu streichen. Das Jugendamt hat im Februar 2022 per e-mail die Schule darauf hingewiesen, dass sich die finanzielle Situation der Stadt stark verschlechtert. Die Kämmerei fordert nachvollziehbarerweise, Angebote und Leistungen zu prüfen. Die Unterstützung der Stadt bei freiwilligen Leistungen ist abhängig von der Haushaltslage. Es wird geprüft, wie die Finanzierung – ggf. auch ohne die Stadt – erfolgen kann, z. B. über Bildung und Teilhabe (BuT). Nun muss – weil noch keine Mittel für den Haushalt 2022/23 vorhanden sind, also keine Haushaltsermächtigung vorliegt, und damit noch kein neuer Vertrag abgeschlossen werden kann – eine Überbrückung geschaffen werden.

Herr Bulla kritisiert deutlich den Informationsfluss. **Herr Schönfelder** verweist auf

das mit e-mail vom 30.06.22 mitgeteiltes Zwischenergebnis aus den Budget-Beratungen. **Frau Oltmanns** bittet um rechtzeitige Gespräche.

Herr Schaarschmidt erklärt, Mitte Mai gemeinsam mit Schulleitung und Jugendamt überlegt zu haben, wie sich die Einnahmesituation aus BuT verbessern lässt. Die Einnahmen aus BuT betragen 40.000,-- € und, der Selbstzahleranteil ca. 10 %. Die Mitteilung des Jugendamtes aus Juni, über keine Mittel im Haushalt zu verfügen, ohne dabei anzugeben, dass noch Lösungen gesucht werden, hält er für unmissverständlich. Anschließend hat er die Schulleitung und seine Mitarbeitenden informiert. Die EFB hat hinzu die Eltern informiert. Er weist auch auf die vertragliche Situation der Mitarbeitenden hin, wonach finanzierungsbedingt die Arbeitsverträge nur für das jeweilige Schuljahr gelten.

Herr Jonas nimmt an, dass der eigentliche Bedarf mit 60 – 80 Kindern wohl höher ist, als bislang Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Herr Schönfelder gibt an, dass die Betreuung zunächst bis zum Jahresende fortgeführt wird. **Herr Ehlers** beschreibt mit dieser Zusage und der Finanzsituation die jetzige Ausgangslage. **Herr Schönfelder** erklärt, mit einer Entscheidung zum Dringlichkeitsantrag einen klaren Auftrag zur Fortführung der Finanzierung mitzunehmen. Die nächsten Betreuungsleistungen sind auszuschreiben.

Auf den Antrag wird verwiesen (Anlage „Dringlichkeitsantrag der Gruppe Grüne & GfW...“).

Herr Ehlers bittet um Abstimmung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Anmeldezahlen für den 1. und 5. Jahrgang des Schuljahres 2022/2023

Herr Hofmann verweist auf ausstehende Rückstellungen und noch vorliegende Doppelanmeldungen. Die Steigerung in der Prognose zum Jahrgang 1 um elf Kinder im Zeitraum 1.4. bis 1.7. lässt sich im Wesentlichen auf die Zuwanderung aus der Ukraine zurückführen. Ein Vergleich mit den tatsächlichen Einschulungszahlen ist in der Oktobersitzung möglich.

Zur Förderschule Lernen verweist er auf die letztmalige Aufnahme im Schuljahr 2022/23 mit 16 Kindern in den Jahrgang 5. Bei weiteren Anmeldungen müssen zwei Klassen gebildet werden. Bei den übrigen weiterführenden Schulen entsprechen die Anmeldezahlen den Vorjahreszahlen, wobei die neue Oberschule mehr Zulauf aufweist und ein leichter Rückgang an der Cäcilien Schule feststellbar ist.

Die Einarbeitung von Förderbedarfszahlen in die Prognose erweist sich als schwierig, weil die Anteile zumeist sehr gering sind. Die Förderbedarfe werden insoweit berücksichtigt, dass durch regelmäßige Abfrage bei den Schulen beobachtet wer-

den kann, ob ggf. nach Jahrgang 2 Klassen geteilt werden müssen.

4.2 Aufnahme ukrainischer Kinder an den Schulen - aktueller Sachstand

In der BBS werden zzt. neun, in den weiterführenden Schulen 75 und in den Grundschulen 40 ukrainische SchülerInnen beschult, so **Herr Hofmann**. In der Grundschule Rüstersiel und in der Cäcilien Schule wurden viele ukrainische Kinder aufgenommen.

4.3 Anfrage zur Schulentwicklungsplanung

Zur Frage von **Herrn Burkhardt** erklärt **Herr Schönfelder**, dass die Ausschreibung zur Schulentwicklungsplanung vorbereitet wird.

4.4 Anfrage zur Marion-Dönhoff-Schule

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** teilt **Frau Prinz** mit, dass der Schule vom Architektenbüro Hausmann ein Raumplan zum Schulneubau vorlag. Auf das weitere Architektenwettbewerbsverfahren weist **Herr Schönfelder** hin.

Ende öffentlicher Teil

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 18:05 Uhr

Schönfelder
Erster Stadtrat

Ehlers
Vorsitzender

Hofmann
Protokollführung